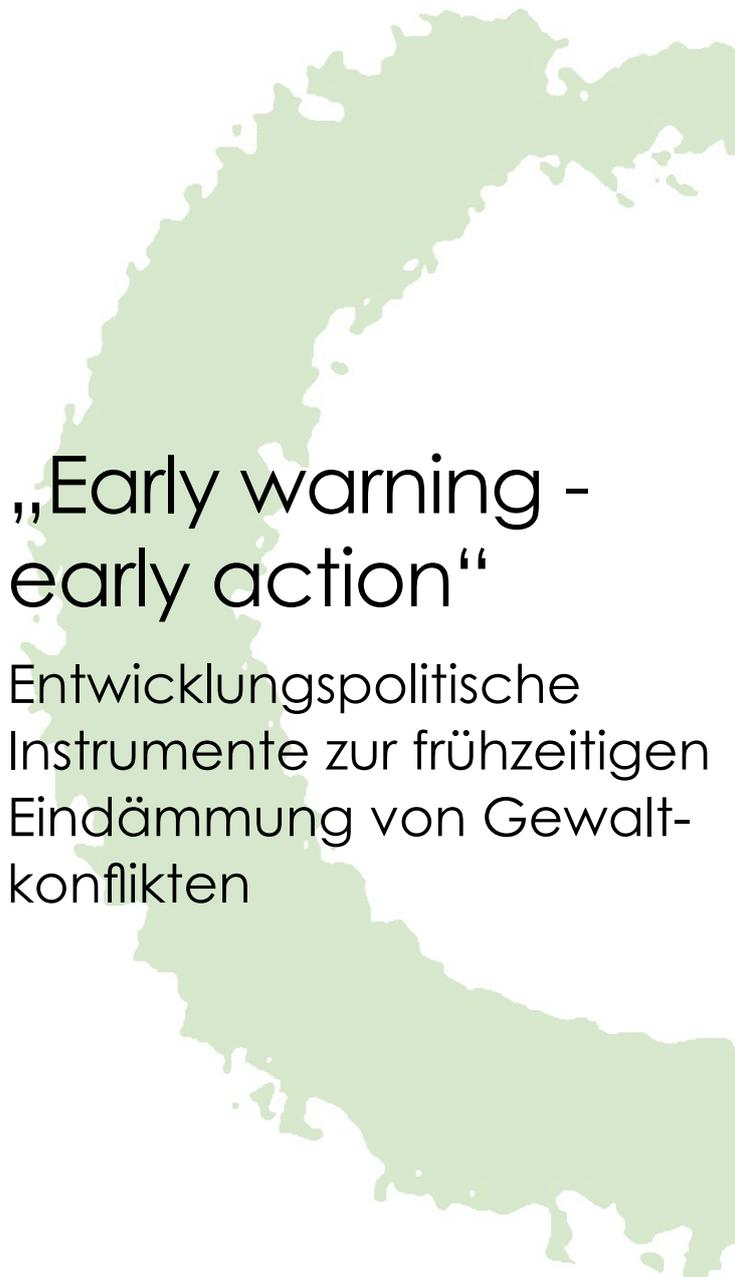




BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION • INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN



## „Early warning - early action“

Entwicklungspolitische  
Instrumente zur frühzeitigen  
Eindämmung von Gewalt-  
konflikten

LÄNDERSTUDIEN



## **„Early warning - early action“**

Entwicklungspolitische Instrumente zur frühzeitigen Eindämmung von  
Gewaltkonflikten

Bestandsaufnahme der Instrumente zur Krisenfrüherkennung und -prävention  
in den OECD-Mitgliedsstaaten

Projektleitung: Volker Franke  
Autorin: Andrea Warnecke  
BICC, Dezember 2006

DR. VOLKER FRANKE ist Forschungsleiter am BICC  
ANDREA WARNECKE ist Wissenschaftliche Hilfskraft am BICC

Die vorliegende Studie wurde durch das BICC mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erarbeitet. Für den Inhalt und die hierin vertretenen Meinungen zeichnen ausschließlich der Projektleiter und die Autorin verantwortlich.

## INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	4
METHODIK	6
LÄNDERSTUDIEN	7
Australien	7
Belgien	7
Finnland	8
Frankreich	9
Großbritannien	9
Irland	11
Japan	11
Kanada	12
Neuseeland	13
Niederlande	14
Norwegen	15
Österreich	15
Republik Korea	16
Schweden	16
Schweiz	18
Tschechien	19
Vereinigte Staaten	19
RESUMEE	20
BIBLIOGRAPHIE	23
ANHANG	
I. Vorlage des Fragebogens für die BICC-Onlineumfrage	24
II. Tabellarische Aufstellung der Befragungsergebnisse	26

## EINLEITUNG

Seit Beginn der 1990er Jahre zeichnet sich in der internationalen Debatte um die Gestaltung der Sicherheitspolitik angesichts des Scheiterns der internationalen Staatengemeinschaft bei der Eindämmung gewaltsamer Konflikte in Somalia, Bosnien-Herzegowina und Ruanda ein Paradigmenwechsel ab. Angeregt durch die „Agenda für den Frieden“ (1992) des ehemaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali rückte der Begriff Konflikt- bzw. Krisenprävention in den Mittelpunkt der Debatte, wobei neben Boutros-Ghalis Vorschlägen zum Ausbau der präventiven Diplomatie, vorbeugender Maßnahmen und der Einrichtung von Frühwarnsystemen zunehmend der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit, vorrangig zur langfristig-strukturellen Konfliktprävention, diskutiert wurde (Fischer, 1999).

Das Idealziel allen zukünftigen präventiven Handelns hat Boutros-Ghali seinerzeit auf die gewissermaßen dreigeteilte Formel „Spannungen zu vermindern noch bevor ein Konflikt ausbricht – oder, im Konfliktfall, rasch zu handeln, um den Konflikt einzudämmen und die ihm zugrundeliegenden Ursachen zu bekämpfen“ (Boutros-Ghali, 1992) gebracht. Demnach kann **Krisenprävention vor und während eines Konfliktes** ansetzen sowie **generell bei der langfristigen Bekämpfung der sogenannten *root causes* bewaffneter Auseinandersetzungen**. Vor allem die Minderung dieser grundlegend-strukturellen Konfliktursachen galt lange Zeit als Kernkompetenz der entwicklungspolitischen Präventionsarbeit, so z.B. durch Projekte in den Bereichen *Good Governance*, Ressourcenmanagement und Sicherheitssektorreform. Parallel dazu wurde auch der Versuch unternommen, die bestehenden militärischen und diplomatischen Instrumente zur kurzfristigen Krisenfrüherkennung und –intervention durch zivile Reaktionsmechanismen zu ergänzen.

Die vorliegende Analyse unternimmt den Versuch, die **bestehenden Mechanismen zur Krisenfrüherkennung und –prävention in den OECD-Mitgliedsstaaten** zu erfassen und vergleichend darzustellen. Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme sollen die komparativen Vorteile einzelner Maßnahmen herausgestellt und Empfehlungen für das zukünftige Engagement entwickelt werden.

Bereits 1995 empfahl die Task Force des *Development Assistance Committee* der OECD den Aufbau von Kapazitäten zur kurzfristig-operationalen Krisenprävention auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit:

Obwohl der Aufgabenbereich der Entwicklungspolitik per Definition schwerpunktmäßig in der langfristigen Veränderung struktureller Rahmenbedingungen besteht, wird auch darauf hingewiesen, dass es einen starken wechselseitigen Einfluss zwischen langfristigen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und kurzfristigen Prozessen gewaltsamer Konfliktverläufe gibt. Daraus leitet sich die Notwendigkeit ab, die entwicklungspolitische Arbeit stärker an kurzfristige politische Bedingungen anzupassen und ihre Kapazitäten zu Konfliktanalyse und Vorbeugung zu verbessern.“<sup>1</sup>

Anfang 1998 beauftragte die schweizerische Direktion Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) die Schweizerische Friedensstiftung mit dem Aufbau eines FAST (Frühanalyse von Spannungen und Tatsachenermittlung) genannten Frühwarnsystems; das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stützt sich seit 1999 auf einen von Angelika Spelten entworfenen Indikatorenkatalog zur Krisenfrüherkennung, und in Schweden befindet sich seit 2002 das Projekt *Early Warning Indicators for Preventive Policy* von SIPRI im

---

<sup>1</sup> Zit. n. Spelten, Angelika. 1999. Instrumente zur Erfassung von Konflikt- und Krisenpotentialen in Partnerländern der Entwicklungspolitik. Bonn, S. 31f.

Aufbau. Zusätzlich existiert eine Vielzahl privater Risk Assessment Firmen, akademischer Forschungseinrichtungen und NRO bzw. deren Zusammenschlüsse, die regelmäßige Krisenfrühwarnungen veröffentlichen.

Im Gegensatz zu den Maßnahmen der langfristig-strukturellen Krisenvermeidung gestaltet sich die kurzfristige Reaktion auf diese Frühwarnungen und vor allem deren Umwandlung in proaktive operationale Maßnahmen ungleich schwieriger. Diese **Kluft zwischen Early Warning und Early Action** wurde vielfach auf das Fehlen eines politischen Willens angesichts des ungewissen Erfolgs präventiver Maßnahmen und der bezweifelten Zuverlässigkeit der Frühwarnkapazitäten zurückgeführt. Dagegen verweist Michael Lund auf die Notwendigkeit klarer Handlungsempfehlungen und institutionalisierter Mechanismen; das Ausbleiben von Präventionsmaßnahmen sei demnach in erster Linie auf fehlende Response-Mechanismen und damit auf die Unsicherheit und buchstäbliche „Ratlosigkeit“ der politischen Entscheidungsträger zurückzuführen (Lund, 1996). Auch Volker Matthies identifiziert die Formulierung eines expliziten institutionellen Mandats sowie den Aufbau entsprechender Kapazitäten als notwendige Kriterien zur Überwindung bürokratischer Hemmnisse wie institutionelle Konkurrenz, chronische Überbelastung und Status quo-Orientierung der Behörden (Matthies, 2000).

In den letzten Jahren wurden in den meisten OECD-Staaten Vorschläge zur besseren Implementierung von Frühwarnungen entwickelt, so z.B. durch die Erarbeitung gemeinsamer kohärenter Strategiepapiere zur besseren Abstimmung von „Warnern“ und Entscheidungsträgern, die Schaffung institutioneller Schnittstellen zwischen allen krisenpräventiv tätigen Organisationen und Ministerien oder durch den durchaus ambitionierten Versuch zur Erstellung einer integrierten Frühwarnkette mit einem festen Automatismus von quantitativen Warnungen mit jeweils korrespondierenden Handlungsempfehlungen.

Zusätzlich zu diesem breiten Spektrum an *Early Action* – und Präventionsmechanismen hat sich in einigen nationalen Entwicklungsbehörden bzw. Außenministerien allmählich ein **alternatives Verständnis von Early Warning** durchgesetzt. Gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dürfe eine „Krisenfrühwarnung“ nicht in Form einer unmittelbar umsetzbaren Warnung wenige Wochen vor Ausbruch eines bewaffneten Konflikts begriffen werden, wie dies etwa im Falle diplomatischer oder militärischer Interventionen, wenn auch begrenzt, möglich sei. Stattdessen gilt es, „langfristige Entwicklungen von Konfliktlinien in Gesellschaften besser zu beobachten“ (Eid, 2000). Die Ergebnisse dieser Analyse sollen dann zur langfristig krisenpräventiven oder zumindest konflikt sensitiven Ausrichtung neuer EZ-Projekte herangezogen werden.

Somit bezeichnet der Begriff „*Early Action*“ bzw. seine zahlreichen Entsprechungen ebenso wie die übergeordnete Kategorie „Konfliktprävention“<sup>2</sup> eine **Fülle unterschiedlichster Maßnahmen und Ansätze**. Um dieser Bandbreite gerecht zu werden und die komparativen Vorteile der verschiedenen Vorgehensweisen besser ermitteln zu können, erscheint eine Bestandsaufnahme der existierenden Response-Mechanismen innerhalb der OECD-Mitgliedsstaaten sinnvoll.

---

<sup>2</sup> Hier und nachfolgend wird in Übereinstimmung mit der Begriffsverwendung im anglophonen Sprachraum verkürzend der Begriff „Konfliktprävention“ verwendet, wobei hier – wie in der deutschsprachigen Verwendung von „Krisenprävention“ nicht die Prävention gesellschaftlich notwendiger Konflikte, d.h. Interessengegensätze, sondern lediglich deren gewaltvolle Eskalation gemeint ist.

## METHODIK

Zu diesem Zweck wurde zunächst eine eingehende Recherche der einschlägigen publizierten Dokumente von insgesamt 42 Außenministerien und staatlichen Entwicklungsagenturen vorgenommen. Diese wurde durch den Umstand erschwert, dass es im Bereich der kurzfristig operationalen Krisenprävention bislang weder eine einheitliche Terminologie noch ein allgemein akzeptiertes Konzept von „Early Action“ gibt. Aus diesem Grund wurde aufbauend auf den Ergebnissen der Recherche ein dreiteiliger Fragebogen entworfen, der im Anschluss an vorherige telefonische Kontaktaufnahmen an die zuständigen Büros zur Konfliktprävention in den Ministerien und Agenturen – soweit vorhanden – verschickt wurde. Der erste Teil des Fragebogens (*Prevention of Violent Conflict*) dient zur Erfassung des Grads an institutioneller Organisation von Konfliktpräventionsaktivitäten sowohl innerhalb der Behörden als auch auf interministerieller Ebene, sei es durch gemeinsame Strategiepapiere, regelmäßige Treffen oder die Bildung einer zentralen Koordinationsstelle. Daran anknüpfend wurde zweitens (*Timely Response*) nach der Nutzung bzw. Einrichtung von Frühwarnkapazitäten sowie eines entsprechenden Response-Mechanismus gefragt. Der dritte Teil der Erhebung diente schließlich zur Erfassung von internen Evaluationsprozessen sowie zukünftigen Planungen zum Ausbau des krisenpräventiven Engagements (*Assessment*).

Die Datenerhebung durch die BICC-Onlineumfrage fand im Zeitraum von Anfang Oktober bis Mitte November 2006 statt. Von 42 versandten Anfragen wurden 15 ausgefüllte Fragebögen sowie in einigen Fällen zusätzliche Erläuterungen und Informationen per Email zurückgeschickt. Dieses Ergebnis lässt sich vermutlich mit der beschriebenen geringen Durchsetzungskraft der Kategorie „Early Action“ sowie dem Nichtvorhandensein spezifischer Krisenpräventionsmechanismen in vielen Behörden erklären. Besonders in den vorab durchgeführten telefonischen Befragungen traf das Thema *Early Warning – Early Action* zwar allgemein auf ein großes Interesse insbesondere bzgl. einer Veröffentlichung der Rechercheergebnisse. Jedoch sahen sich zahlreiche Ansprechpartner in den Entwicklungsagenturen nicht in der Lage, an der eigentlichen Befragung teilzunehmen, da ihre Behörden entweder nicht für den Bereich Krisenprävention zuständig seien bzw. diesbezüglich keine spezifische Strategie entwickelt hätten. Dies gilt unter anderem für Luxemburg (Lux-Development), Island (ICEIDA) sowie die EZ-Abteilungen der tschechischen und italienischen Außenministerien.<sup>3</sup> In vielen anderen Fällen befindet sich die Entwicklung einer separaten Krisenpräventionsstrategie bzw. eines entsprechenden Büros noch in einem vergleichsweise frühen Planungsstadium. Dagegen heben sich erwartungsgemäß einige wenige Staaten durch ein umfangreiches Engagement sowohl im Bereich der langfristigen strukturellen als auch der kurzfristig-operationalen Krisenprävention sowie durch das Bemühen um eine weitgehende Koordination und Kohärenz ihrer Präventionsmaßnahmen ab. Zu diesen Staaten gehören in erster Linie Großbritannien, Kanada, die Schweiz und mit Einschränkungen auch die USA, Österreich und die Niederlande.

Insgesamt ergab die Untersuchung Informationen zu den entwicklungspolitischen Krisenpräventionsmaßnahmen in 17 von 29<sup>4</sup> recherchierten OECD-Mitgliedsstaaten, die in der nachfolgenden Untersuchung in alphabetischer Folge dargestellt werden. Vier Staaten – Island, Italien, Luxemburg und Tschechien – verneinten die Frage nach einem spezifisch

---

<sup>3</sup> In diesen Fällen wurde dann auf die Informationen und Auskünfte anderer Stellen der Außenministerien, die jedoch nicht für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit zuständig sind, zurückgegriffen.

<sup>4</sup> Die Bundesrepublik Deutschland wurde in der Erhebung nicht erfasst.

krisenpräventiven Engagement im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Für weitere acht Staaten – Dänemark, Griechenland, Mexiko, Polen, Portugal, Slowakei, Türkei und Ungarn – ergab die Recherche keinerlei Informationen bzw. Hinweise auf ein krisenpräventives Engagement im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Dagegen befinden sich die Kapazitäten zur Entwicklungszusammenarbeit in vielen osteuropäischen Staaten noch weitgehend im Aufbau.

## LÄNDERSTUDIEN

### Australien

Innerhalb der australischen Regierung konzentriert die Entwicklungsbehörde AusAID als Teil des Department of Foreign Affairs and Trade (DFAT) ihre Maßnahmen zur Krisenprävention nahezu ausschließlich auf den asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere die Solomon Inseln und Indonesien/Timor-Leste. Thematisch werden vor allem Projekte zum Dialog bzw. zur Vermittlung zwischen Konfliktparteien, zur Förderung guter Regierungsführung (inklusive Korruptionsbekämpfung, SSR und des Schutzes der Menschenrechte), Kleinwaffenkontrolle sowie der Abbau der strukturellen Benachteiligung ländlicher Regionen in den weit verstreuten Inselstaaten durchgeführt. In einem 2002 (bzw. erneut 2004) aufgelegten Strategiepapier kündigt AusAID den **Ausbau seiner Conflict Monitoring und Early Warning – Kapazitäten** durch die gezielte Förderung regionaler NRO und Forschungseinrichtungen an (AusAID. 2002). Außerdem sollen allen Projektplanungen in konfliktiven Gebieten umfassende Konfliktanalysen vorausgehen sowie die Flexibilität der Behörde durch die Einrichtung einer nicht näher beschriebenen sog. *rapid response capacity* zur kurzfristigen Finanzierung von Präventionsmaßnahmen und den Aufbau eines kurzfristig einsatzbereiten und speziell ausgebildeten Personalkontingents gesteigert werden. Daneben wird eine **verbesserte Kohärenz und Koordination der Krisenprävention** durch die ressortübergreifende Koordinierung der Maßnahmen unter Führung des Verteidigungsministeriums und mit allgemein verbindlichen Richtlinien (für das Verteidigungsministerium, die Australian Federal Police, AusAID, Emergency Management Australia usw.) angestrebt. Jedoch sind über diese allgemeine Absichtserklärung hinaus auch im aktuellen Jahresbericht **keinerlei Hinweise** auf konkrete Maßnahmen oder Projekte zu deren Umsetzung bzw. **auf ein tatsächliches Engagement im Bereich der Frühwarnung und Early Action** ersichtlich (AusAID. 2005). Dasselbe gilt für die bereits 1995 publizierten (und 2004 aktualisierten) Pläne des Außenministeriums zur Errichtung eines Regional Conflict Prevention Centres<sup>5</sup> in Kooperation mit dem ASEAN Regional Forum (ARF). Dieses soll sich vor allem mit Grenzdisputen und Grenzschutz, Ressourcenkonflikten, Displaced Persons, Drogenhandel und Piraterie als Konfliktursachen befassen und dazu ein dreistufiges System zur Frühwarnung und Konfliktanalyse sowie ggf. Leistung guter Dienste, Mediation oder Arbitration entwickeln. Auch bzgl. dieser Pläne liegen seither – weder durch die BICC-Umfrage noch durch die begleitenden Recherchen – keine aktuellen Informationen vor.

### Belgien

Nach dem Gesetz über die belgische internationale Zusammenarbeit vom 25. Mai 1999 zählt die Konfliktprävention explizit zu den fünf Kernbereichen der belgischen Entwicklungszusammenarbeit und soll daher in einer separaten Strategienote ausgearbeitet werden (Dokument nicht zugänglich). Innerhalb des Federal Public Service for Foreign Affairs,

---

<sup>5</sup> Vgl. [http://www.dfat.gov.au/arf/documents/paper\\_pr.html](http://www.dfat.gov.au/arf/documents/paper_pr.html).

Foreign Trade and Development Cooperation wurde daher der **Service for Conflict Prevention and Peace Consolidation** (S0.5) eingerichtet. Dieser stützt sich zwar auf die Frühwarninformationen der CrisisWatch Database, bezieht Informationen von kommerziellen "Risk Analysis Services" und wissenschaftlichen Einrichtungen wie dem Belgian Centre for Conflict Prevention, hat jedoch bislang nach eigenen Auskünften noch keinen *early response*-Mechanismus entwickelt. Stattdessen soll der Schwerpunkt zukünftig auf der **ressortübergreifenden Abstimmung bzw. dem Mainstreaming** von Präventionsmaßnahmen liegen. Zu diesem Zweck finden regelmäßige länderbezogene<sup>6</sup> Treffen von Vertretern des Verteidigungs-, Arbeits-, Justiz-, Innen- und Außenministeriums (Directorate-General for Development Cooperation, DGDC) statt, ein übersektorales Strategiepapier befindet sich ebenso in der Planungsphase wie eine für 2007 geplante Reform zur besseren Koordinierung aller an der Konfliktprävention beteiligten Akteure.

Parallel dazu hat die Belgian Technical Corporation (BTZ) als Ausführungsorgan der bilateralen belgischen Entwicklungszusammenarbeit eine neue Unit *Good Governance and Civil Society Strengthening* für die konfliktsensitive Gestaltung zukünftiger Projekte eingerichtet. Speziell für den Bereich Krisenprävention existiert hingegen innerhalb der BTZ kein separates Büro; die Präventionsmaßnahmen, insbesondere bzgl. Zentralafrika (DR Kongo, Burundi, Ruanda) werden stattdessen durch die jeweiligen Regionalbüros umgesetzt. Auch die BTZ nutzt mit FAST, der CrisisWatch Database und AlertNet (Reuters Foundation) Frühwarnsysteme, hat jedoch keinen Response-Mechanismus entwickelt.

## Finnland

Sowohl die offiziellen Dokumente zur finnischen Entwicklungszusammenarbeit als auch die Ergebnisse der Onlineumfrage lassen für Finnland auf einen **sehr weit gefassten Präventionsbegriff** im Sinne einer allgemeinen Förderung der menschlichen Sicherheit schließen. Im Unterschied zum Verteidigungsministerium<sup>7</sup> nutzt die finnische Entwicklungszusammenarbeit bislang **keine Krisenfrühwarnsysteme** und hat somit auch kein kurzfristiges Interventionsverfahren entwickelt. Stattdessen werden derzeit Möglichkeiten diskutiert, Aspekte der Konfliktprävention und Konfliktsensibilisierung schon frühzeitig in die Planungsphase von Projekten und Programmen zu integrieren. Zu diesem Zweck werden die einzelnen Länderreferate des Außenministeriums (Department for Development Policy) bei Bedarf in der Projektplanung durch das **Büro des Conflict Adviser** unterstützt.<sup>8</sup> Zusätzlich bemüht sich das Außenministerium auch auf interministerieller Ebene um ein **Mainstreaming seiner Krisenpräventionsmaßnahmen** durch die Gründung des *Security and Development Network* als regelmäßiges Diskussions- und Beratungsforum des Außen- und Innenministeriums sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen. Die zusätzliche Einbindung des Verteidigungsministeriums wird derzeit aufgrund seiner speziellen Expertise im Bereich der Konfliktprävention und Frühwarnung vorbereitet.

---

<sup>6</sup> Die Schwerpunktgebiete der belgischen EZ sind Afrika, der Mittlere Osten, der Balkan und der Kaukasus, wobei 80% der EZ-Mittel auf Afrika und dort vor allem auf die Region der Großen Seen entfallen.

<sup>7</sup> Vgl. EU Conflict Prevention Network. 2001/2002. *Record of Preventive Capacities. Mainstreaming Conflict Prevention*, S. 8-9.

<sup>8</sup> Von den acht Schwerpunktpartnerländern der finnischen EZ wird ein solch spezieller Beratungsbedarf nach Auskunft des Conflict Advisers Mika Vehnamäki derzeit nur für Nepal hinzugezogen, nicht aber bzgl. Äthiopiens, Kenias, Mosambiks, Nicaraguas, Sambias und Tansanias.

## Frankreich

Die französischen Entwicklungszusammenarbeit wird einerseits durch das *Directorate General for International Co-operation and Development* (DGICD) innerhalb des Außenministeriums sowie andererseits durch das *Inter-Ministerial Committee for International Co-operation and Development* (CICID) zur Abstimmung einer jährlichen Prioritätenliste koordiniert. Im Rahmen der BICC-Onlineumfrage wurden sowohl dem DGICD als auch der französischen Entwicklungsbank *Agence Francaise de Développement* (AFD) Fragebögen zugesandt, die jedoch vermutlich aufgrund interner Weiterleitung irrtümlicherweise durch das *Centre interarmées de concepts de doctrines et d'expérimentations* des Verteidigungsministeriums sowie durch das *Secrétariat Général de la Défense Nationale* (SGDN) beantwortet wurden. Während keine der antwortenden Behörden Auskünfte zur Krisenprävention innerhalb der französischen Entwicklungszusammenarbeit geben konnte, gab SGDN an, dass es derzeit an der **Errichtung einer interministeriellen Frühwarn-Kapazität für den Bereich Staatszerfall und -instabilität arbeite**, welches zur Erstellung von Langzeitprognosen für die nächsten 24 Monate dienen soll. Bislang stützt SGDN seine Prognosen neben der CrisisWatch Database und AlertNet auf Jane's Intelligence Review, die BBC Monitoring Global Newline und Oxford Analytica.

Die entsprechenden Informationen des Verteidigungsministeriums bezogen sich allein auf den Bereich militärischer Kriseninterventionen. Darüber hinaus konnten auch durch zusätzliche Recherchen keinerlei Hinweise auf Maßnahmen zur frühzeitigen Krisenprävention in der französischen Entwicklungszusammenarbeit gefunden werden.

## Großbritannien

Die Erstellung eines Gutachtens zur besseren Koordinierung der Krisenpräventionsmaßnahmen innerhalb der britischen Regierung resultierte im April 2001 in der Gründung zweier *Conflict Prevention Pools* (CPP) mit Vertretern der Foreign and Commonwealth Office (FCO), des Verteidigungsministeriums (MoD) und des Department for International Development (DfID). Sowohl der **Africa Conflict Prevention Pool** (ACPP) für das sub-saharische Afrika als auch der **Global Conflict Prevention Pool** (GCPP) sind im Interesse einer unabhängigen und effizienteren Arbeitsweise mit eigenständigen Budgetlinien (Foreign & Commonwealth Office, 2003) ausgestattet und dienen in erster Linie der **gemeinsamen Prioritätensetzung** sowie Budgetplanung bei der Auswahl und Bearbeitung einzelner Konflikte durch die jeweiligen Steering Committees. Auf der nächst höheren Ebene werden sie zudem durch Kabinettsausschüsse bestehend aus dem Außenminister, dem Staatssekretär für Internationale Entwicklung, dem Verteidigungsminister und dem Chief Secretary of the Treasury koordiniert, wobei der Vorsitz des Africa CPP dem Vertreter des DfID, der Vorsitz des Global CPP dem Vertreter des FCO obliegt. Zusätzlich zu dieser allgemeinen Struktur haben beide Pools entsprechend ihrer regionalen Differenzierung abweichende Verfahrensweisen entwickelt. Die Steering Group des Global Conflict Prevention Pool tagt zweiwöchentlich und hat einzelne Strategy Management Teams unter dem Vorsitz eines Strategy Managers gebildet, die länder-, regionen- bzw. themenspezifische Strategien erarbeiten und entweder in Whitehall oder ggf. in der betreffenden Botschaft vor Ort angesiedelt sind. Im Rahmen der strategischen Planungen liegt der Fokus vor allem auf den Bereichen Sicherheitssektorreform (SSR) und der Eindämmung kleiner und leichter Waffen (Small Arms and Light Weapons, SALW), aber auch DDR (Disarmament, Demobilization and Reintegration) und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Zur Implementierung dieser Programme entsenden der GCPP bzw. die zuständigen Büros der beteiligten Ministerien unter anderem Defence Advisory

Teams und British Military Advisory and Training Teams und haben außerdem Aus- und Fortbildungsprogramme zu den Themen Verteidigungsdiplomatie, gute Regierungsführung usw. in Großbritannien eingerichtet.

Daneben wurde ein **Global Pool Quick Response Fund** zur flexiblen Finanzierung kurzfristiger Präventionsprogramme gegründet. Zu den derzeitigen regionalen Schwerpunkten des GCPP zählen Afghanistan, der Balkan, Südamerika, Osteuropa, Indien und Pakistan, Indonesien und Timor-Leste, Irak, der Mittlere Osten und Nordafrika, Nepal, Russland, und Sri Lanka.

Der Africa Conflict Prevention Pool entwickelt eine jährliche *UK Sub-Saharan Strategy for Conflict Prevention*, wobei er auf regionaler Ebene durch vier Regional Conflict Advisers (in Addis Abeba, Abuja, Nairobi und Pretoria) und auf nationaler Ebene durch die ausführenden Country Conflict Task Teams unterstützt wird. Im Unterschied zum GCPP ist die Arbeit des Africa Conflict Prevention Pool jedoch weniger straff organisiert. Das Steering Committee des ACPP trifft sich zu informellen Treffen in Whitehall, um Konfliktpotentiale und die Budgetplanung bzgl. des sub-saharischen Afrika festzulegen, darüber hinaus übernimmt die Africa Conflict and Humanitarian Unit (DfID) zwischen den Sitzungen die Rolle eines permanenten Sekretariats des ACPP. Auf Länder- bzw. Themenebene gibt es jedoch keine separaten Steering Groups oder Manager, sondern lediglich im Falle der größeren Konfliktgebiete (Sudan, Sierra Leone) Präventionskonzepte, die für die Projektplanungen nicht bindend sind. Zu den grundsätzlichen thematischen Schwerpunkten des ACPP zählen der Aufbau lokaler Kapazitäten (auf regionaler, nationaler und sub-nationaler Ebene), SSR, DDR, die Eindämmung von SALW sowie die Minderung ökonomischer und finanzieller Konfliktursachen.

Neben der ressortübergreifenden Koordinierung konfliktpräventiver Maßnahmen und der Formulierung einer gemeinsamen Agenda/Prioritätenliste liegt der Schwerpunkt in beiden Pools vor allem auf der engen institutionellen Verbindung von langfristigen Konfliktanalysen bzw. ggf. Frühwarnungen mit der Erarbeitung und Umsetzung pragmatischer Handlungsempfehlungen, das heißt der Einrichtung einer einheitlichen **Frühwarnkette**. Die enge interministerielle Zusammenarbeit auf höchster und mittlerer Ebene ermöglicht eine effiziente Abstimmung langfristig-struktureller entwicklungspolitischer Präventionsmaßnahmen mit kurzfristig-operationalen, zumeist diplomatischen oder militärischen Interventionen. Allerdings ist bislang entgegen den ursprünglichen Planungen noch kein gemeinsames Analyseinstrument zur einheitlichen Klassifizierung von Konfliktpotentialen und -ursachen entwickelt worden (Austin, 2004). Die Strategy Teams des GCPP benutzen für die Konfliktanalyse und Krisenfrüherkennung zum Teil das von DfID entwickelte Analyseverfahren **Strategic Conflict Assessment** (SCA) zur konfliktsensitiven Gestaltung von EZ-Projekten unter Einbeziehung verschiedener Early Warning-, Konfliktanalyse und Länderinformationsquellen (DfID, 2002). Darüber hinaus stützen sie sich auf diplomatische und nachrichtendienstliche Quellen, Evaluierungen anderer Geberländer, die regelmäßigen Berichte der International Crisis Group und anderer NRO sowie die internen jährlichen *Country Forward Look Papers* (mit einer Langzeitprognose von zehn und mehr Jahren) und *Monthly Risk Updates* (mit einer Kurzzeitperspektive bzgl. der nächsten drei Monate) des Foreign and Commonwealth Office. Darüber hinaus gibt es Bemühungen, den Aufbau regionaler Frühwarnsysteme zu fördern. So unterstützt der GCPP bspw. die Asia Foundation und die Foundation for Coexistence bei der Entwicklung eines Frühwarnsystems in Asien (Sri Lanka).

Nach internen Einschätzungen liegen die komparativen Vorteile der Conflict Prevention Pools gegenüber der früheren, nur sporadischen Kooperation vor allem in der erhöhten Kohärenz bzgl. einer konflikt sensitiven Projektgestaltung, sowohl aufgrund der Einrichtung eines gemeinsamen Budgets als auch der engen Vernetzung der beteiligten Ministerien/Behörden auf sämtlichen Ebenen. Zudem ist die erhöhte Effizienz der Maßnahmen durch das koordinierte Zusammenspiel von kurzfristigen (diplomatischen/politischen/militärischen) Präventionsinstrumenten mit längerfristigen Entwicklungsprojekten hervorzuheben. Allerdings ist nach den Ergebnissen der BICC-Onlineumfrage im Bereich Early Action bislang kein fester Response-Mechanismus installiert worden, stattdessen liegt der Schwerpunkt auf der langfristigen Beobachtung und Analyse von Konflikten.

In diesem Kontext ist ergänzend noch auf die Planungen der Prime Minister's Strategy Unit zu verweisen, welche derzeit – allerdings ohne expliziten Bezug zu entwicklungspolitischen Maßnahmen – an einem **Countries at Risk of Instability Programme** zur Verbindung langfristiger Konfliktsanalysen (mit einem Zeitrahmen von 3-5 bzw. 10 Jahren) mit kurzfristigen Frühwarnungen (bzgl. einer Zeitspanne von 12-24 Monaten) arbeitet und die Errichtung eines systematisierten, teilweise quantitativen und insbesondere objektivierbaren, d.h. nicht interessegeleiteten Frühwarnmechanismus empfiehlt (Prime Minister's Strategy Unit, 2005).

## Irland

In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung Anfang dieses Jahres kündigte der irische Außenminister Aherne die Gründung einer **Conflict Analysis and Resolution Support Unit** (CARSU) innerhalb des Political Department des irischen Außenministeriums an. Diese soll das irische Engagement in den UN-Peacekeeping Missionen mit den Aktivitäten der Entwicklungsbehörde Irish Aid unter besonderer Berücksichtigung der speziellen Erfahrungen aus dem Nordirland-Friedensprozess verbinden. Die Unit soll die irische Regierung dabei einerseits durch Konfliktsanalysen und *lessons learned* – Studien insbesondere bzgl. des irischen Friedensprozesses unterstützen sowie zugleich Kontakte zur UN-Peacebuilding Commission, akademischen, zivilgesellschaftlichen und Nichtregierungs-Organisationen herstellen. Bezüglich der Krisenfrühwarnung nutzen das irische Außenministerium und Irish Aid zwar die von der CrisisWatch Database und International Alert bereitgestellten Informationen. Davon abgesehen gibt es aber sowohl im Zusammenhang mit CARSU als auch mit dem Strategiepapier *White Paper on Irish Aid*<sup>9</sup> **keine** konkreten **Hinweise** auf einen **geplanten Early Action-Mechanismus** bzw. die stärkere Berücksichtigung des Konfliktsfaktors in der Projektplanung.

## Japan

In Anlehnung an die 1997 von dem OECD Development Assistance Committee veröffentlichten „Guidelines on Conflict, Peace and Development Co-operation on the Threshold of the 21st Century“ und den „Brahimi Report on UN Peacekeeping Reform“ von 2000 definiert die Japan International Cooperation Agency (JICA) **Konfliktprävention als einen Bestandteil der übergeordneten Peace-building assistance**, welche sowohl langfristige Präventionsmaßnahmen vor, während und nach einem Konflikt, als auch ein kurzfristiges Eingreifen in akuten Krisensituationen umfasst und die Rolle der EZ als dritte Säule neben politischen und militärischen Interventionsmechanismen betont.<sup>10</sup> Dieser Aufgabenbereich

<sup>9</sup> See: *White Paper on Irish Aid*. Download unter <http://www.irishaid.gov.ie/whitepaper/>.

<sup>10</sup> Japan International Cooperation Agency. 2003. *Thematic Guidelines on Peacebuilding Assistance*. Download unter <http://www.jica.go.jp/english/global/pdf/00.pdf>, S. 12.

wird innerhalb der JICA durch das Social System and Peacebuilding Team (Social Development Department) betreut. Allerdings konzentriert sich JICA als Entwicklungsbehörde explizit auf mittel- und langfristige Maßnahmen, so dass vor allem Demokratisierung, Governance, Menschenrechte, Armutsbekämpfung, Friedenserziehung, Kleinwaffenkontrolle, die Förderung der Pressefreiheit und Wahlbeobachtung unter dem Begriff der Krisenprävention subsumiert werden.<sup>11</sup> Dagegen findet **ein Engagement im Bereich der Frühwarnung und kurzfristig-operationalen Konfliktprävention<sup>12</sup> nicht statt**, stattdessen konzentriert sich die JICA derzeit auf das ressortübergreifende Mainstreaming seiner Präventions- bzw. Peace-building-Maßnahmen durch die Bildung eines **informellen Peacebuilding Forum** unter Beteiligung des Außenministeriums, der UN-Büros in Tokio, Universitäten und NRO mit einem permanenten Sekretariat. Zusätzlich gibt es Bemühungen, ein standardisiertes Verfahren zur systematischen Einbindung des Konfliktfaktors<sup>13</sup> bei der Planung neuer EZ-Projekte einzurichten. Das zu diesem Zweck entwickelte interne **Handbuch Peacebuilding Needs and Impact Assessment** für die Planung, Durchführung und Evaluierung von Projekten in konfliktträchtigen Gesellschaften ist bislang zwar fast ausschließlich auf post-conflict Reconstruction ausgerichtet, wird jedoch nach Auskunft der JICA derzeit im Sinne eines verstärkt präventiven Ansatzes überarbeitet.

## Kanada

Die entwicklungspolitischen Bemühungen der kanadischen Regierung, d.h. des Außenministeriums (FAC) und der Canadian International Development Agency (CIDA), im Bereich Krisenprävention konzentrieren sich in erster Linie auf die **Förderung von Good Governance**, und zwar auf Maßnahmen zur Sicherheitssektorreform (SSR), Justizreform, Dezentralisierung sowie Förderung politischer Partizipationsrechte auch und insbesondere für Frauen. In dem entwicklungspolitischen Strategiepapier „Sustainable Development Strategy, 2004-2006“ wird Krisenprävention als eine von fünf Prioritäten der kanadischen EZ identifiziert und in den weiteren Kontext des kanadischen Konzepts zur Menschlichen Sicherheit eingeordnet, demzufolge eine Gefährdung Menschlicher Sicherheit nicht nur von militärischen bzw. politischen, sondern auch ökonomischen, sozialen und humanitären Bedrohungen ausgeht (Canadian International Development Agency, 2004). Daraus folgt, dass erfolgreiche Maßnahmen zur Krisenprävention grundsätzlich nur durch kohärente multilaterale Initiativen geleistet werden können, wobei der Schwerpunkt neben der Koordinierung staatlicher Akteure und internationaler Organisationen vor allem auf der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen liegen müsse.

Auch innerhalb der eigenen Regierung bemüht sich Kanada gleich auf zwei Ebenen um eine **ressortübergreifende Abstimmung** seiner Präventionspolitik. Durch die Einführung des sogenannten „**3D**“ – Ansatzes (*diplomacy, defence and development*), d.h. einer intensivierten Zusammenarbeit des Außen- (FAC) und Verteidigungsministeriums (DND) mit CIDA auf horizontaler Ebene, soll eine verbesserte Koordinierung sowie ein Mainstreaming aller kanadischen Präventionsmaßnahmen gewährleistet werden. Dabei scheint der CIDA als

<sup>11</sup> Vgl. <http://www.jica.go.jp/english/global/eff.html>.

<sup>12</sup> Der Begriff „Preventive Action“ findet nur im Rahmen des Außenministeriums, jedoch ausschließlich mit Bezug zu militärischen und diplomatischen Missionen Verwendung. Vgl. [http://www.mofa.go.jp/policy/un/pamph2000\\_archive/role.html](http://www.mofa.go.jp/policy/un/pamph2000_archive/role.html).

<sup>13</sup> Vgl. den Abschnitt „Conflict Prevention Lens“ in den OECD/DAC Guidelines *Helping Prevent Violent Conflict* von 2001.

Entwicklungsbehörde aufgrund des *Governance*-Schwerpunktes in der Krisenprävention steigende Bedeutung zuzukommen (Collings-Rohozinska, 2005).<sup>14</sup>

Im Bereich der kurzfristigen Krisenprävention bzw. Early Action wurde eine ähnliche Kooperation 2005 mit der Gründung eines Krisenstabs innerhalb des Außenministeriums, der ***Stabilization and Reconstruction Task Force (START)*** und deren Sekretariat, mit Vertretern von DND, CIDA und Canada Corps eingerichtet. Neben einer ressortübergreifend koordinierten Umsetzung kurzfristiger Krisenwarnungen<sup>15</sup> soll sich START auch an langfristigen Präventionsplanungen beteiligen. Als begleitende Maßnahme für den Krisenstab wurde 2005 innerhalb des Außenministeriums ein *Global Peace and Security Fund (GPSF)* mit einem Gesamtbudget von CAD \$100 Mio. bis 2010 u.a. zur flexiblen Finanzierung kurzfristiger Präventionsmaßnahmen eingerichtet.

Der Schwerpunkt innerhalb des kanadischen Engagements scheint somit in erster Linie auf der ressortübergreifenden Präventionspolitik sowie der Schaffung von Instrumenten zur kurzfristigen operationalen Intervention zu liegen. Im Unterschied zu den meisten hier aufgeführten OECD-Staaten hat die kanadische Regierung jedoch bisher noch keine Strategie zur konfliktsensitiven Gestaltung langfristiger EZ-Projekte, wie z.B. durch ein einheitliches Conflict Impact Assessment Tool/Handbuch, veröffentlicht. Tatsächlich hat bereits 2004 das Canadian Peacebuilding Coordination Committee als zivilgesellschaftliches Forum die Entwicklung eines mehrstufigen Konfliktanalyseverfahrens und dessen Anwendung auf sämtliche entwicklungspolitischen Projekte angemahnt.<sup>16</sup>

## Neuseeland

Die neuseeländische Entwicklungsbehörde New Zealand International Aid and Development Agency (NZ Aid) konzentriert sich hinsichtlich ihrer **Krisenpräventionsarbeit** in erster Linie auf den **langfristigen Aufbau stabiler Strukturen in den Bereichen gute Regierungsführung, Schutz der Menschenrechte sowie auf den Aufbau von sozialen Diensten und Leistungen**. Nach der von NZ Aid veröffentlichten Broschüre „Preventing Conflict and Building Peace“<sup>17</sup> werden sämtliche NZ Aid-Projekte im Sinne des *do no harm*-Ansatzes konfliktsensitiv gestaltet, zusätzlich bemüht sich die Agentur vor allem im pazifischen Raum um die frühzeitige Bekämpfung krisenhafter Entwicklungen durch kurzfristig-operationale Maßnahmen, wie z.B. Mediationsangebote, Wahlbeobachtungsmissionen und SALW-Programme sowie durch den Pacific Programme for Strengthening Governance / **Governance and Conflict Prevention Fund** zur Unterstützung begrenzter Präventionsmaßnahmen durch regionale NRO. Darüber hinaus ergaben weder die Online-Recherche noch die BICC-Umfrage detailliertere Informationen bezüglich des Vorgehens der NZ Aid und weiterer neuseeländischer Behörden bei der Krisenfrüherkennung bzw. der konfliktsensitiven Projektgestaltung.

---

<sup>14</sup> Leider ließen sich auch anhand der BICC-Onlineumfrage keine detaillierten Informationen über die institutionelle Umsetzung des 3D-Konzeptes, bspw. in Form eines einheitlichen Risk Assessment-Verfahrens, ermitteln.

<sup>15</sup> Kanada gehört zu den Kooperationspartnern des schweizerischen FAST International.

<sup>16</sup> Canadian Peacebuilding Coordinating Committee. 2004. "A Canadian Action Agenda on Conflict Prevention. Some Key Points Proposed by Canadian Civil Society". Ottawa. [www.peacebuild.ca](http://www.peacebuild.ca).

<sup>17</sup> Download unter <http://www.nzaid.govt.nz/library/docs/nzaid-preventing-conflict.pdf>.

## Niederlande

Im Rahmen einer angestrebten Fokussierung der bilateralen EZ-Programme auf einen begrenzten Kreis von Schwerpunktpartnerländern entwickelte das niederländische Außenministerium 1998 parallel zu seinen regulären Partnerschaftsprogrammen die sogenannte **GMV-Strategie**, die ausschließlich zur Förderung von guter Regierungsführung, Menschenrechten und Peacebuilding (inklusive Konfliktprävention) dienen soll. Diese Neuausrichtung wurde 2000 durch die Einrichtung des Directorate for Human Rights and Peacebuilding (DMV) ergänzt, welches sich innerhalb des Außenministeriums zentral um die Koordinierung von Maßnahmen im Bereich „*human security – human rights – human development*“ kümmert und unter anderem den ebenfalls neugegründeten Peace / Stability Fund zur Finanzierung von Präventionsprojekten betreut.

Zwischen 1999 und 2001 entstanden zahlreiche *White Papers* zu konfliktrelevanten Themen, jedoch existiert bislang kein umfassendes Strategiepapier, welches die niederländischen Bemühungen um Konfliktprävention und -Management darlegt. So forderte bereits das 1999 veröffentlichte „White Paper on Conflict Management“ die Einrichtung eines Early Warning – Early Action – Mechanismus, es sind jedoch bislang keine Ergebnisse bzw. Ansätze zu dessen Umsetzung zu erkennen (Ministerie van Buitenlandse Zaken, 1999). In dem 2001 erschienenen „White Paper on Conflict Prevention“ wird die Krisenprävention erneut als eins von fünf Schwerpunktthemen der niederländischen Entwicklungszusammenarbeit identifiziert, wobei nun in Anlehnung an die Definition der Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict (1997) eine Unterscheidung zwischen langfristiger, struktureller und kurzfristig-operationaler Konfliktprävention getroffen wird (Ministerie van Buitenlandse Zaken, 2001). Während die praktischen Auswirkungen bzw. Vorteile einer solchen Differenzierung für die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen in diesem Dokument nicht näher ausgeführt werden, wird die Notwendigkeit eines **integrierten multi-track Ansatzes** für die erfolgreiche Krisenprävention anerkannt; wirtschaftliche Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe ebenso wie militärische und diplomatische Missionen sollen demnach in kohärente Länderkonzepte eingebunden werden. Zudem sei ein international abgestimmtes Vorgehen gegenüber der Erarbeitung separater niederländischer, deutscher usw. Strategien zu bevorzugen. Zu den Prinzipien der niederländischen Konfliktpräventionsarbeit sollen demnach zukünftig unter anderem ein umfassendes Early Warning – Early Action – System, der koordinierte und konsistente Einsatz nationaler wie internationaler Präventionsinstrumente, ein multilateraler Ansatz und die besondere Berücksichtigung der sogenannten GMV-Strategie, d.h. der Aspekte gute Regierungsführung, Demokratisierung und Menschenrechtsschutz, gehören (Ministerie van Buitenlandse Zaken/ Wageningen Universiteit, 2003).

Zusätzlich zu diesen eher allgemeinen Absichtserklärungen hat das niederländische Außenministerium 2003 ein Africa Memorandum<sup>18</sup> veröffentlicht. Demnach konzentriert das Ministerium seine Präventionspolitik auf die Region der Großen Seen und das Horn von Afrika. Zukünftig soll vor allem der Aufbau lokaler Frühwarnsysteme zur Messung sozialer/politischer Stabilität anhand sozialer Indikatoren entsprechend dem „Conflict and Policy Assessment Framework“ des Netherlands Institute of International Relations (Clingendael) gefördert werden. Den zweiten Schwerpunkt in der niederländischen Präventionsarbeit bilden Programme in den Bereichen DDR, Kleinwaffenkontrolle sowie zur Regulierung des

---

<sup>18</sup> Vgl. das sog. Afrika-Memorandum des niederländischen Außenministeriums, Download unter [http://www.minbuza.nl/en/themes/humanitarian-aid/focus\\_on\\_africa/africa\\_memorandum\\_2003.html](http://www.minbuza.nl/en/themes/humanitarian-aid/focus_on_africa/africa_memorandum_2003.html).

Rohstoffhandels, die bislang unter anderem in Sierra Leone, Liberia, Cote d'Ivoire, Sudan, Somalia, Angola und der Region der Großen Seen implementiert wurden.

Um die ggf. auch kurzfristige Umsetzung dieser Präventionsinstrumente zu ermöglichen, hat das Außenministerium einen sogenannten **Stability Fund** eingerichtet, welcher dezidiert die Finanzierung von Projekten in Konfliktgebieten, in denen sich entwicklungspolitische und sicherheitspolitische Aufgaben überschneiden, sicherstellen soll. Vorschläge für förderungswürdige Projekte sollen zunächst von den zuständigen niederländischen Botschaften an das Ministerium weitergeleitet werden, die Implementierung obliegt dann internationalen und multilateralen Organisationen.

## Norwegen

Die Norwegian Agency for Development Cooperation (NORAD) ist nach eigenen Auskünften grundsätzlich nicht für den Bereich Konfliktprävention zuständig. Dagegen hat das norwegische Außenministerium schon Ende 2004 ein Strategiepapier vorgelegt, in dem Krisenprävention als Teilaspekt von *Peacebuilding* betont und eine bewusste Einplanung des Konfliktfaktors bei der Konzeptionalisierung von EZ-Projekten sowie eine verbesserte ressortübergreifende Abstimmung angemahnt werden (Norwegian Ministry of Foreign Affairs, 2004). Das norwegische Außenministerium zählt zwar zu den Förderern und Nutzern der CrisisWatch Database, beteiligt sich jedoch darüber hinaus an keinem Frühwarnmechanismus und hat auch keine institutionelle Schnittstelle zur Konfliktprävention bzw. Early Action eingerichtet.<sup>19</sup> Stattdessen liegt der Schwerpunkt der durch das Außenministerium und NORAD durchgeführten Entwicklungszusammenarbeit auf der **konfliktsensitiven Gestaltung zukünftiger Projekte**, für die NORAD derzeit Richtlinien entwickelt.

## Österreich

In der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) werden die Krisenpräventionsmaßnahmen (bzw. im weiteren Sinne der Bereich *Peacebuilding*) zentral über die Division for Human Rights, Democratisation and Peace Building der Austrian Development Agency (ADA) koordiniert. Diese definiert in einem im April 2006 vorgelegten Strategiepapier „Leitlinien Friedenssicherung und Konfliktprävention“ die folgenden vier Aktionsschwerpunkte der ADA/OEZA:

1. konfliktsensitives Vorgehen,
2. die Stärkung lokaler Organisationen, die im Bereich Konfliktprävention tätig sind,
3. die Förderung der Reintegration und
4. die Stärkung der Justiz- und Sicherheitssysteme (BMAA/ADA, 2006).

Als konfliktsensitives Vorgehen definiert die ADA „die Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen Konflikt und Maßnahme mit dem Ziel, negative, konfliktverschärfende Wirkungen zu verhindern und positive, deeskalierende und friedensfördernde Wirkungen möglichst zu verstärken.“ Zu diesem Zweck sollen die Projekte in der Planungsphase danach unterschieden werden, ob sie lediglich in einem potentiell konfliktiven Kontext durchgeführt werden (*working in conflict*) oder in einer direkt von einem gewalttätigen Konflikt betroffenen Region (*working on conflict*). Während im ersten Fall der „do no harm“-Ansatz zur Vermeidung einer unbeabsichtigten Konfliktverschärfung in die Planungen einbezogen werden soll, soll im

---

<sup>19</sup> Die BICC-Onlineumfrage ergab, dass derzeit innerhalb des Außenministeriums eine Strategie zur Prävention humanitärer Katastrophen erarbeitet wird, die sich auch auf die frühzeitige Deeskalation potentiell gewalttätiger Konflikte erstrecken soll.

zweiten Fall eine Konfliktanalyse oder ein *Peace and Conflict Assessment* (PCA) durch eine Vorortstruktur vorgenommen werden. Entsprechend dieser Grobunterscheidung und in Anlehnung an die Trainingsunterlagen zur Konfliktprävention des Network on Conflict, Peace and Development Co-operation (CPDC) der OECD entwickelt die OEZA derzeit ein Konzept zur **Berücksichtigung der Konfliktkomponente im Project Management Cycle** und zur Fortbildung ihrer Mitarbeiter.

Regional betrachtet konzentrieren sich die Bemühungen der OEZA/ADA zur Konfliktprävention auf das östliche Afrika (Uganda), Süd- und Westafrika sowie Südosteuropa. Dabei liegt der Schwerpunkt zunehmend auf der „indirekten“ Konfliktprävention durch die Stärkung von Vorortstrukturen und lokalen Akteuren, die im Bereich der Frühwarnung, Krisenprävention und Friedenssicherung arbeiten, und zwar sowohl auf Distrikt- und lokaler, regionaler (z.B. AU) und subregionaler Ebene (ECOWAS, zukünftig ggf. auch IGAD und SADC). Trotz dieses Engagements zur Förderung von Frühwarnkapazitäten und der zusätzlichen Beteiligung der ADA bzw. des Außenministeriums (BMAA) an FAST und der CrisisWatch Database konzentriert sich die OEZA hauptsächlich auf die **frühzeitige** und **strukturelle Prävention noch latenter Konflikte** sowie die **Schaffung eines „positiven“ Friedens**. Auch bzgl. der Einrichtung eines gesonderten *Early Action*-Mechanismus bestehen derzeit nach den Ergebnissen der BICC-Onlineumfrage keine konkreten Pläne, allerdings beabsichtigt die OEZA eine verbesserte Koordination zwischen diplomatischen, sicherheitspolitischen (Justiz, Verteidigung, Inneres) und entwicklungspolitischen Akteuren in der Konfliktprävention. Diese ressortübergreifende Kooperation findet bislang noch in Form sporadischer themenbezogener Treffen mit Vertretern des Verteidigungs- und Außenministeriums sowie der ADA statt.

## Republik Korea

Im Rahmen der BICC-Onlineumfrage zur Konfliktprävention und insbesondere *Early Action*-Maßnahmen in den 30 OECD-Staaten gab die Korea International Cooperation Agency (KOICA) an, dass sie ihre konfliktpräventiven Maßnahmen durch die Disaster Relief and Reconstruction Unit koordiniert. Zusätzliche Recherchen haben jedoch ergeben, dass dieses Büro als Reaktion auf die Tsunami Katastrophe 2004 zur verbesserten Abstimmung der humanitären Hilfe eingerichtet worden ist, Hinweise für ein spezifisch konfliktsensitives Vorgehen bzw. präventive Maßnahmen ließen sich auch bzgl. des koreanischen Engagements in Irak und Afghanistan nicht finden. Ebenso beteiligt sich Korea an keinem der Frühwarnsysteme und hat keine gesonderten Reaktionsmechanismen entwickelt.

## Schweden

Die Swedish International Development Cooperation Agency (SIDA) verfolgt bzgl. ihrer Krisenpräventionsmaßnahmen eine Doppelstrategie von „strict conflict management interventions“ einerseits und dem generellen Bemühen, Konfliktsensitivität als Querschnittsthema bei der Planung sämtlicher EZ-Projekte zu berücksichtigen. In Anlehnung an die Crisis Watch Database der International Crisis Group und das Uppsala Conflict Data Program werden die Interventionsmaßnahmen dabei abhängig von der entsprechenden Konfliktphase eingeteilt nach

1. Situationen unterdrückter Spannungen,
2. steigender Spannungen,
3. gewaltsamer Konflikt und
4. post-conflict Phase.

Die von SIDA implementierten Conflict Management Interventions (CMI) werden thematisch den Bereichen Promotion of Dialogue (Versöhnungs-, Bildungs- und Mediationsprogramme mit den Konfliktparteien), Promotion of Security (DD&R, SALW usw.) sowie Promotion of Structural Stability (strukturelle Reformen, die gezielt auf die Eingrenzung eines bereits vorhandenen Konfliktpotentials ausgerichtet werden) zugeordnet und konzentrieren sich geographisch hauptsächlich auf Afrika, Lateinamerika und den Mittleren Osten.<sup>20</sup> Zum überwiegenden Teil – jedoch keineswegs ausschließlich<sup>21</sup> – wird die Präventionsarbeit durch die Division for Peace and Security (Department for Cooperation with NGOs, Humanitarian Assistance and Conflict Management/ SEKA) der SIDA koordiniert, die zugleich für das Präventions-Mainstreaming innerhalb der Entwicklungsbehörde zuständig ist. Diesem Aspekt des **Mainstreaming** bzw. der Einbeziehung des Konfliktfaktors und eines **Conflict Impact Assessment** in die Projektplanung wird innerhalb der SIDA größte Bedeutung beigemessen. So bildete das Conflict Management 2004 bei 54% der SIDA-Projekte in konfliktiven Regionen das Hauptziel, bei 93% aller Interventionen ging dem Projekt eine umfangreiche Konfliktanalyse voraus.

Da sich die Konfliktmanagement-Aktivitäten von SIDA besonders auf den Bereich der Schaffung struktureller Stabilität durch die Deeskalation von „*root causes*“ in potentiell konfliktiven Situationen konzentrieren, ist unklar, inwieweit sich die Behörde derzeit im Bereich des *Early Warning – Early Action* engagiert. Neben der Uppsala Conflict Database und der CrisisWatch Database nutzt SIDA auch das FAST International Early Warning System, hat jedoch keine Mechanismen und/oder Institutionen zur kurzfristigen Krisenreaktion eingerichtet.<sup>22</sup> Als **Early Action** im Sinne einer relativ kurzfristigen operationalen Konfliktprävention sind dabei gemäß der SIDA-Klassifikation vor allem **CM-Interventionen in der ersten Konfliktphase** (unterdrückte bzw. steigende Spannungen) zu verstehen. Entsprechend einer 2005 von SIDA beauftragten Evaluation ihrer Konfliktpräventions- und -managementmaßnahmen engagiert sich SIDA jedoch bislang eher im reaktiven Sinne in der Konfliktmanagementphase. So führt der Bericht an, dass es im Jahr 2004 nur eine Intervention in der ersten Konfliktphase und nur vereinzelt Maßnahmen in der zweiten Konfliktphase gegeben habe, und empfiehlt daher ein verstärktes Engagement im Bereich der frühzeitigen pro-aktiven Prävention (Institute of Public Management, 2005).

Abschließend ist noch auf die Anstrengungen zum ressortübergreifenden Mainstreaming der schwedischen Präventionsaktivitäten hinzuweisen. Auf der Grundlage eines **gemeinsamen Strategiepapiers** finden sporadische Treffen zwischen dem Außen-, dem Verteidigungsministerium und SIDA statt, zusätzlich werden bei Bedarf interministerielle themen- oder regionalspezifische Arbeitsgruppen eingerichtet, zuletzt z.B. bzgl. DDR, SALW, SSR oder DRC und Somalia (Swedish Government, 2003).

---

<sup>20</sup> Ein thematisch nach diesen drei Kriterien geordneter Maßnahmenkatalog zur Krisenprävention befindet sich im Anhang der SIDA-internen Leitlinien zur Konfliktanalyse und ist einzusehen unter: [http://www.sida.se/shared/jsp/download.jsp?f=Manual\\_Conflict\\_analysis.pdf&a=5169](http://www.sida.se/shared/jsp/download.jsp?f=Manual_Conflict_analysis.pdf&a=5169).

<sup>21</sup> Eine zentrale Rolle innerhalb der CM-Projekte fällt vor allem den Regionalbüros für Europa und Lateinamerika sowie dem Department for Democracy and Social Development (DESO) und dem Department for Europe zu.

<sup>22</sup> Derzeit wird innerhalb der SIDA ein Strategiepapier zu „Early Warning tools“ entwickelt, welches jedoch bislang noch nicht einzusehen ist.

## Schweiz

Aufgrund der strikten Neutralität konzentrieren sich die schweizer Konfliktpräventionsaktivitäten auf rein zivile Maßnahmen. Innerhalb des Eidgenössischen Departementes für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) arbeiten die für die bilaterale Entwicklungsarbeit zuständige Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und die Politische Direktion eng zusammen, wobei die Präventionsmaßnahmen in erster Linie durch die DEZA-Sektion Konfliktprävention und Transformation koordiniert werden.

Unter Federführung dieser Sektion hat die DEZA in den letzten Jahren auf der Basis des Konfliktanalyseverfahrens (Peace and Conflict Impact Assessment) ein dreidimensionales Konzept zur Prävention zyklischer Gewalt in den Schwerpunktpartnerländern der EZ erarbeitet, das sogenannte **Conflict Sensitive Programme Management (CSPM)**. Ausgehend von einem zyklischen Konfliktmodell wird dabei versucht, die Trennung zwischen kurz- und langfristigen Präventionsmaßnahmen durch die inhaltliche Verknüpfung und Abstimmung beider Interventionsebenen innerhalb laufender Projekte aufzuheben und so die Konfliktperspektive in allen Stufen des Programm-Managementzyklus zu verankern. Zu diesem Zweck werden drei Dimensionen der Gewaltprävention durch EZ differenziert:

1. strukturelle Gewaltprävention,
2. Früherkennung sowie
3. Konfliktbearbeitung/ Krisenintervention.

Während im ersten Fall im Anschluss an eine Konfliktanalyse hauptsächlich der *do no harm* – Ansatz zur konfliktsensitiven Gestaltung von Projekten greift, soll im Fall einer Früherkennung (bzw. –warnung) das sogenannte **CSPM Basic**, und im letzten Fall unmittelbar notwendiger Intervention das Konzept **CSPM Comprehensive** implementiert werden. Das CSPM Basic soll in Situationen offener oder latenter Konflikte dazu beitragen, indirekt konfliktentschärfende Akteure und Faktoren zu stärken, sieht jedoch keine unmittelbaren und proaktiven Initiativen zur Konflikttransformation vor (*working in conflict*). Dagegen beinhaltet der CSPM Comprehensive Ansatz ein unmittelbares Eingreifen in das Konfliktgeschehen, beispielweise durch die Förderung von Dialogen und Mediationsangeboten (*working on conflict*) (DEZA/SDC, 2006).

Zu den thematischen Schwerpunkten der schweizerischen Präventionsarbeit zählen SSR, DDR und der Aufbau lokaler Kapazitäten zur Krisenschlichtung. Das CSPM-Verfahren wird daher durch interne themenspezifische Tip Sheets für die Durchführung von Konfliktanalysen ergänzt. Einen weiteren zentralen Bestandteil des CSPM bildet der Aufbau eines Krisenfrühwarnsystems. Die DEZA hat mit **FAST** (Frühanalyse von Spannungen und Tatsachenermittlung/ Swisspeace) ein *Early Warning*-System für ihre 22 Schwerpunktpartnerländer aufgebaut. Dieses stellt mindestens quartalsweise eine Serie von Grafiken bereit, die für das jeweilige Land den Spannungsverlauf der letzten Monate dokumentieren. Darüber hinaus liegen keine Auskünfte aus der BICC-Onlineumfrage bzgl. eines institutionalisierten *Early Action*-Vorgehens vor. Nach den Informationen der DEZA standen traditionell spezifisch präventive Aktionslinien – über die generalpräventive Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit hinaus – nicht im Vordergrund. Eine Rasche Reaktion auf Spannungen in Partnerländern wurde oft durch fehlende budgetäre Flexibilität verhindert. Über die jüngsten Entwicklungen bzw. institutionelle Neuordnungspläne zur effizienten Implementierung des CSPM liegen leider keine Informationen vor.

## Tschechien

Da sich der Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im tschechischen Außenministerium noch weitgehend im Aufbau befindet, bestehen dort derzeit auch aufgrund begrenzter personeller Kapazitäten keine konkreten Pläne hinsichtlich Krisenfrüherkennung und -prävention. Zwar engagiert sich das Außenministerium insbesondere auf dem Balkan (Serbien) für die langfristige Stabilisierung und Krisenvermeidung und nutzt dazu auch die Informationen der CrisisWatch Database, von Reliefweb und IRIN, jedoch besteht hinsichtlich all dieser Aktivitäten keine konzeptionelle oder institutionelle Verknüpfung zwischen entwicklungspolitischen und konfliktpräventiven Maßnahmen.

## Vereinigte Staaten

Im Unterschied zu den meisten OECD-Staaten gibt es innerhalb der US-amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit neben dem State Department und der U.S. Agency for International Development (USAID) zahlreiche Akteure. Dies erschwert nicht nur die ressortübergreifende Koordination bzw. das Mainstreaming von Querschnittsthemen, sondern führt insbesondere im Bereich **Krisenprävention** und Konfliktmanagement zu einer **Vielzahl parallel organisierter oder sich teilweise überschneidender Projekte und Initiativen**.

Innerhalb der Entwicklungsbehörde USAID werden konfliktrelevante Themen und Projekte zentral durch das Office of Conflict Management and Mitigation (CMM, innerhalb des Bureau for Democracy, Conflict and Humanitarian Assistance/DCHA) koordiniert. Dieses bezieht Frühwarninformationen durch FAST International, die CrisisWatch Database, CEWARN (IGAD), universitäre Forschungsinstitute und das FEWER Forum on Early Warning and Early Response. Aus diesen Informationen wird anhand eigener Kriterienlisten eine sogenannte „**Early Warning for Instability and Fragile States List**“ erstellt, die zusätzlich deklassifizierte Informationen von der CIA bezieht. Zudem wird derzeit gemeinsam mit dem State Department ein eigenes modellgestütztes Frühwarnsystem, das **Conflict and Fragility Alert, Consultation and Tracking System (C/FACTS)**, entwickelt.<sup>23</sup> Nach den Auskünften von USAID im Rahmen der BICC-Onlineumfrage hat die Behörde keine institutionelle Schnittstelle bzw. Frühwarnkette zur raschen Implementierung von Präventionsmaßnahmen eingerichtet. Allerdings hat CMM zur verbesserten Umsetzung solcher Warnungen intern ein einheitliches Verfahren zur Konfliktanalyse (Agency Conflict Assessment Framework<sup>24</sup>) eingeführt, welches sowohl auf bestehende EZ-Projekte angewendet werden als auch ggf. zur Identifizierung kurzfristig notwendiger neuer Interventionen dienen kann. Zu diesem Zweck werden die der Analyse zugrundeliegenden Konfliktkomponenten einerseits thematisch nach Ursachenkategorien sowie andererseits in einem Phasenmodell nach strukturell-langfristigen, steigenden, auslösenden usw. Faktoren unterteilt. Dieser Auflistung werden mögliche entwicklungspolitische Interventionsmaßnahmen gegenüber gestellt, wobei aufgrund der vielfach komplexen Verschränkung mehrerer Konfliktursachen betont wird, dass es sich bei dieser Liste keineswegs um eine „gebrauchsfertige“ Handlungsanleitung handele. Dieses Konfliktanalyseverfahren wird durch eine beständig erweiterte Reihe themenspezifischer Toolkits<sup>25</sup> ergänzt, mit deren Hilfe die Analyse der wichtigsten Konfliktfaktoren und –themen

<sup>23</sup> Ein weiteres „Frühwarnsystem“ bzgl. fragiler Staaten wurde 2004 durch das National Intelligence Council (NIC) in Form einer halbjährlichen *Instability Watch List* gegründet.

<sup>24</sup> <http://inside.usaid.gov/DCHA/CMM/docs>. Informationen zu diesem Verfahren sind dem publizierten Dokument USAID. 2005. *Conducting a Conflict Assessment. A Framework for Strategy and Program Development*. CMM. Washington. zu entnehmen.

<sup>25</sup> Vgl. [http://www.usaid.gov/our\\_work/cross-cutting\\_programs/conflict/publications/toolkits.html](http://www.usaid.gov/our_work/cross-cutting_programs/conflict/publications/toolkits.html).

vertieft werden soll, bspw. der Zusammenhang zwischen Ressourcen, Umwelt, oder *Gender* und Konflikt.

Eine Initiative zur interministeriellen Abstimmung des Konfliktmanagements wurde 2004 durch die Gründung des **Office of the Coordinator for Stabilization and Reconstruction (S/CRS)** innerhalb des State Department unternommen. Nach den Erfahrungen in der Folgezeit des Irakkriegs soll dieses als Schnittstelle zwischen USAID, OSD, DoJ, JCA, CIA zur Koordinierung ziviler, jedoch weniger entwicklungspolitischer, Konfliktpräventions- und *Peacebuilding*-Maßnahmen dienen. Das Engagement der S/CRS erstreckt sich dabei auf zwei Ebenen; neben einem zentralen Büro für die langfristige Planung präventiver bzw. friedensfördernder Projekte sollen länderspezifische *Task Forces* zur kurzfristigen Reaktion in Krisenfällen eingerichtet werden. Nach Angaben von USAID gibt es innerhalb der S/CRS bislang kein einheitliches Konzept zur Konfliktprävention, und auch bzgl. der Zentralisierung und Koordinierung des Konfliktmanagements sowohl innerhalb des State Department als auch auf interministerieller Ebene wird die S/CRS den in sie gesetzten Erwartungen bislang noch nicht gerecht.

## RESUMEE

Die Auswertung der durch die BICC-Onlineumfrage und die Internetrecherche erhobenen Daten lässt das generelle Fazit zu, dass es unter den **entwicklungspolitisch federführenden OECD-Mitgliedsstaaten ein grundsätzliches Bestreben zum Ausbau von Kapazitäten zur Konfliktanalyse und -prävention** gibt. Dabei können die beschriebenen Maßnahmen in Anlehnung an die Unterscheidung kurzfristig-operationaler und langfristig-struktureller Prävention in zwei verschiedene Kategorien unterteilt werden.

Dem vereinzelt Engagement für die Errichtung eines *Early Warning – Early Action* – Mechanismus im engeren Sinne in Staaten wie Großbritannien, Kanada, den USA und den Niederlanden (geplant) steht dabei das in nahezu allen Staaten vorzufindende Bemühen um eine **verbesserte Koordinierung der allgemeinen Krisenpräventionsmaßnahmen** und deren kohärente Einbindung in die zukünftige Projektplanung gegenüber.

Von den 17 dargestellten Staaten nutzen 10 regelmäßig mindestens ein Frühwarnsystem, 6 beabsichtigen den Aufbau eines eigenen Systems bzw. haben dies bereits getan, aber nur 4 arbeiten an der Umsetzung eines spezifischen Response-Mechanismus. Während Großbritannien mit den beiden *Conflict Prevention Pools* durch die enge Kooperation zwischen den Behörden, aber auch zwischen „Warnern“ und Entscheidungsträgern dem Modell einer integrierten Frühwarnkette folgt, bemüht sich die kanadische Regierung um den Aufbau eines gewissermaßen permanenten interministeriellen Krisenstabs in Form der *START Task Force*. Die entsprechenden Programme in den USA und den Niederlanden befinden sich noch in der Planungsphase.

Die überwiegende **Mehrheit der OECD-Staaten** folgt hingegen dem bereits eingangs skizzierten weiter gefassten Verständnis von *Early Action* als **frühzeitige und langfristige Einbindung des Konfliktfaktors in die Planung und Umsetzung von EZ-Projekten**. Von den 17 hier vorgestellten Staaten haben 10 ein separates Büro zur Koordinierung der Krisenprävention innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit gegründet. Fast genau so viele (9) haben zudem eine interministerielle Schnittstelle zur ressortübergreifenden Koordinierung des Konfliktmanagements eingerichtet. Diese Zusammenarbeit nimmt in den meisten Fällen die Form regelmäßiger Treffen zwischen dem Außenministerium, dem Verteidigungsministerium und ggf. der Entwicklungsbehörde auf der Basis eines gemeinsamen Strategiepapiers an. In

einigen Fällen bemühen sich die Ministerien zudem bewusst um eine Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen, so z.B. in Japan und Finnland, sowie zusätzlicher Ministerien (Handel, Inneres usw.).

Einen weiteren wichtigen Befund der BICC-Onlineumfrage bilden die aktuellen Bemühungen der meisten Außenministerien bzw. Entwicklungsbehörden zur **konfliktsensitiven Gestaltung zukünftiger EZ-Projekte**. Neun der befragten Ministerien gaben an, derzeit an der Entwicklung oder Umsetzung verbindlicher Leitfäden zur Konfliktanalyse bzw. zum *Conflict Impact Assessment* für alle in potentiell konfliktiven Regionen durchgeführten Projekte zu arbeiten, wobei vor allem das schweizer Engagement zur Abstimmung struktureller und operationaler Präventionsmaßnahmen im Rahmen eines umfassenden Gesamtkonzepts zur Konfliktbekämpfung beispielhaft ist.

Angesichts der zumeist langfristig-strukturellen Ausrichtung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und des für die Errichtung eines *Early Response*-Mechanismus notwendigen hohen finanziellen wie personellen Aufwandes überrascht es nicht, dass die meisten Staaten sich hauptsächlich im Bereich des **Mainstreaming einer konfliktsensitiven Projektplanung** engagieren. Dabei können die Verständigung auf einheitliche Kriterien zur Konfliktanalyse wie auch die permanente ressortübergreifende Abstimmung von Maßnahmen des Krisenmanagements wertvolle Instrumente bilden, sofern diese Abstimmung sich nicht auf die gegenseitige Bestätigung der beanspruchten Zuständigkeiten beschränkt. Auch wenn diese Kooperation nicht in jedem Fall den Umfang und Organisationsgrad beispielsweise der britischen *Conflict Prevention Pools* erreichen kann, könnte ein entscheidendes Instrument zur erhöhten Flexibilität und Reaktionsfähigkeit eines solchen Gremiums in der Bereitstellung eines separaten Präventionsbudgets bestehen, wie es bereits in Großbritannien, Australien, Kanada etc. in Form von sog. *Stability* oder *Peace Funds* zur kurzfristigen zielgerichteten Finanzierung krisenpräventiver Maßnahmen besteht.

Darüber hinaus erscheint die Durchführung bzw. Publikation regelmäßiger Evaluationen der Präventionsarbeit wünschenswert, um angesichts der zahlreichen derzeit anhängigen Reformen und Initiativen zur Neuordnung der Krisenprävention zwischen den Entwicklungsbehörden einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch nach dem Muster der *Utstein Study Group*<sup>26</sup> zu ermöglichen.

---

<sup>26</sup> Die Utstein Group, benannt nach dem Tagungsort in der norwegischen Utstein Abtei, wurde 1999 von den Entwicklungsministern Deutschlands, Großbritanniens, der Niederlande und Norwegens zur besseren Koordinierung ihrer EZ-Programme gegründet. 2004 traten der Partnerschaft auch Schweden und Kanada bei.

## BIBLIOGRAPHIE

- AusAID. 2002. *Peace, Conflict and Development Policy*. Canberra. Download unter [www.ausaid.gov.au/publications](http://www.ausaid.gov.au/publications).
- \_\_\_\_\_. 2005. *Annual Report 2004 – 2005*. Canberra. Download unter <http://www.ausaid.gov.au/about/annrep.cfm>.
- Austin, Greg. 2004. *Evaluation of the Conflict Prevention Pools. A Review of the UK Government Approach to Conflict Prevention*. DFID reports. EVSUM EV647. Download unter [www2.dfid.gov.uk/aboutdfid/performance/files/ev647portfolio.pdf](http://www2.dfid.gov.uk/aboutdfid/performance/files/ev647portfolio.pdf).
- BMAA/ADA. 2006. *Leitlinien Friedenssicherung und Konfliktprävention*. Wien. ([http://www.ada.gv.at/up-media/2314\\_ll\\_konfliktpr\\_vention\\_und\\_friedenssicherung.pdf](http://www.ada.gv.at/up-media/2314_ll_konfliktpr_vention_und_friedenssicherung.pdf)).
- Boutros-Ghali, Boutros. 1992. *Agenda für den Frieden. Vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung und Friedenssicherung*. United Nations: New York.
- Canadian International Development Agency. 2004. *Sustainable Development Strategy, 2004-2006*. Quebec, S. 48.
- Collings-Rohozinska, Deirdre. 2005. "War to Peace Transitions". A Conference Report of the 8<sup>th</sup> Peacebuilding and Human Security Consultations (FAC). Ottawa, S. 12ff.
- DfID. 2002. *Conducting Conflict Assessments. Guidance Notes*. London; sowie: The Conflict, Development and Security Group (Jonathan Goodhand). 2001. *Conflict Assessments. A Synthesis Report. Kyrgyzstan, Moldova, Nepal and Sri Lanka*. London, S. 14ff.
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA/SDC). 2006. *Conflict-Sensitive Programme Management (CSPM). Integrating Conflict Sensitivity and Prevention of Violence into SDC Programmes*, S. 19.
- Eid, Uschi. 2000. „Entwicklungspolitik als Beitrag zur Krisenprävention“. In Brigitte Fahrenhorst (Hg.). *Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten. Dokumentation einer Fachtagung in der TU Berlin*. Berlin, S. 22-65, hier S. 57.
- Fischer, Martina. 1999. "Krisenprävention. Modebegriff oder friedenspolitische Notwendigkeit". In *Krisenprävention. Friedensbericht 1999*, S. 47-76, hier S. 48.
- Foreign & Commonwealth Office. 2003. *The Global Conflict Prevention Pool. A Joint UK Government Approach to Reducing Conflict*. London, S. 9.
- Institute of Public Management. 2005. *Conflict Management Interventions. Supported by SIDA during the Year 2004*. Download unter <http://www.sida.se/shared/jsp/download.jsp?f=Conflict+management+support+2004+20050425.pdf&a=5170>, S.4ff. Vgl. auch Swedish Ministry for Foreign Affairs. 1999. *Preventing Violent Conflict. A Swedish Action Plan*. Stockholm.
- Lund, Michael. 1996. *Preventing Violent Conflicts. A Strategy for Preventive Diplomacy*. Washington, S. 121ff.
- Matthies, Volker. 2000. *Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als Heilen*. Opladen, S. 62.
- Prime Minister's Strategy Unit (Chris Yiu). 2005. "Countries at Risk of Instability. Practical Risk Assessment, Early Warning and Knowledge Management". PMSU Background Papers, S. 30ff.
- Ministerie van Buitenlandse Zaken, Eenheid Strategische Beleidsplanning (BSG/PL). 1999. *Notitie Conflicthantering. Conflicthantering – Denken en handelen*. Den Haag.

Ministerie van Buitenlandse Zaken, Directie Mensenrechten en Vredesopbouw, afdeling Vredesopbouw en Goed Bestuur (DMV/VG). 2001. *Notitie Conflictpreventie*. Den Haag.

Ministerie van Buitenlandse Zaken/ Wageningen Universiteit. 2003. *Dutch Policies and Activities Directed at Peacebuilding. Contribution to the Joint Utstein Study of Peacebuilding*. Den Haag, S. 16.

Norwegian Ministry of Foreign Affairs. 2004 *Peace-Building – A Development Perspective*. Download unter <http://www.odin.dep.no/filarkiv/221493/peace-engelsk.pdf>.

Swedish Government, 2003. *Swedish Policy on Global Development*. Government Bill.

## ANHANG

### I. Vorlage des Fragebogens für die BICC-Onlineumfrage

Directions:

Please tick the following boxes and use the additional space for any comments and further details wherever necessary. If there is any other information available please provide us with the relevant documents or internet links.

Institution:

Office/Division:

Question	Yes	No
<b>1. Prevention of violent conflict</b>		
Does conflict prevention form an integral part of your department's/agency's development cooperation programs?		
Has your department/agency established a specific office to coordinate and implement its conflict prevention projects/work?		
If yes, please give the name of the office in question.		
Has your government set up any kind of interface to coordinate its conflict prevention measures across ministries and agencies?		
Please list the participating departments/agencies.		
Please specify what actual form this interface takes and use the additional space to give the name of the respective document/body.		
a.) a common strategy paper		
b.) regular meetings		
c.) a permanent office		
Does your department/agency focus its conflict prevention work on any particular partner countries/regions?		
If yes, what are the most relevant countries?		
<b>2. Timely Response</b>		
In contrast to the structural, long-term prevention of armed conflict, the concept/term <i>Timely Response</i> refers to operational, short-term measures. These measures would ideally respond to an alert of an early warning system to prevent the outbreak of open violent conflict.		

Does your department/agency participate in, or use any kind of conflict early warning system?			
If so, please tick the respective early warning systems/sources:			
FAST International Early Warning System (Swisspeace)		CrisisWatch Database (International Crisis Group)	Subscription to risk analysis services (EURASIA Group, Jane's Sentinel Security Assessment, etc.)
CEWARN - Conflict Early Warning and Response Mechanism (IGAD)		AlertNet (Reuters Foundation)	Local & regional early warning networks (e.g. ACCORD, WARN, etc.)
FEWER - Forum on Early Warning and Early Response		Cooperation with academic research institutes (Uppsala conflict Database, Human Security Centre, CIDCM, FIRST, etc.)	Other (please specify):
Has your department/agency set up a particular early response procedure in connection with these early warning systems/instruments?			
If so, please provide us with any relevant documents or internet links your agency/department has issued regarding its early response procedure.			
<b>3. Assessment</b>			
Does your department/agency assess its in-house operational conflict prevention performance on a regular basis?			
If there are any published reports, please provide us with the relevant documents or internet links.			
What future direction is your department/agency hoping to take in terms of operational conflict prevention measures?			
Additional remarks			
Please provide us with (telephone) contact details for any further enquiries.			

## II. Tabellarische Aufstellung der Befragungsergebnisse

Maßnahmen	Länder															
	AUS	B	FIN	IL	GB	J	CA	NZ	NL	N	A	ROK	S	CH	CZ	USA
Einrichtung eines zentralen Büros f. Krisen-prävention		X	X	(X)	X		X		X		X	X	X	X		X
Ressortüber-greifende Koordination:	(X)	X	X	(X)	X	X	X				X		X	X		X
a. gemeinsame Strategie	(X)	(X)					X						X			
b. (regelmäßige) Konsultationen		X	X		X	X	X				X		X	X		X
c. permanentes Sekretariat					X	X	X									X
Nutzung von Frühwarn-systemen	X	X		X	X		X			(X)	X		X	X	X	X
Aufbau eines eigenen Frühwarn-systems	(X)				X				(X)		X			X		X
Einrichtung eines Response-mechanismus					X		X		(X)							(X)
Einrichtung eines flexiblen "Funds"	(X)				X		X	X	X							
Einheitliches Verfahren zur Konfliktanalyse	(X)			(X)	(X)	(X)			(X)		X		X	X		X

(X) = Maßnahme im Planungs- bzw. Vorbereitungsstadium.

Aufgrund des beschriebenen Informationsmangels (§. 8/9) wurde Frankreich nicht in die tabellarische Auswertung aufgenommen.